

Der deutsch-russische Zwischenfall.

Der russische Botschafter lehnt bis auf weiteres den Empfang deutscher Industrie- und Handelsvertreter ab.

Unterbrechung der deutschen Handelsbeziehungen mit Moskau.

Berlin, 5. Mai. Durch Anordnung des russischen Botschafters Krejzinsky ist die russische Handelsvertretung bis zur Erledigung des Zwischenfalles geschlossen worden. Die Weiterführung der Handelsvertretung wird davon abhängig gemacht, in welcher Form der Konflikt zwischen Berlin und Moskau beigelegt wird. Durch diese Schließung sind sämtliche Geschäfte, die zwischen deutschen und ausländischen Firmen in Berlin mit der Sowjetregierung bereits eingeleitet waren, bis auf weiteres zum Stillstand gekommen. Auf Veranlassung der Botschaft ist es abgelehnt worden, irgendwelche Vertreter der deutschen Industrie oder des Handels bis auf weiteres zu empfangen.

Die Beschwerde Kresjinskys.

(Durch Funkdruck.)

Berlin, 5. Mai. Der russische Botschafter überreichte dem deutschen Außenminister eine Note, in der es heißt: Am 3. Mai vormittags begegnete ein Angehöriger der russischen Vertretung auf der Treppe zwei unbekannte Personen, die mit vorgehaltenen Revolvern die Treppe hinaufstiegen. Der Geschäftsführer der Handelsvertretung erlaubte die beiden, die sich als Polizeibeamte legitimierten, die Waffen niederzulegen und sich zu entfernen, was sie unverzüglich taten. Der Botschafter Kresjinsky war im Begriff, gegen diese Verletzung der Exterritorialität Protest einzulegen, als er erfuhr, daß die Handelsvertretung von einem Polizeigebot, das sämtliche Angehörige für verhaftet erklärte, durchsucht werden sollte. Der Botschafter wandte sich sofort an den Reichsminister Dr. Stresemann, der ihm erwiderte, daß er die polizeilichen Handlungen als ungesetzlich betrachte. Nach einer Viertelstunde teilte Herr Stresemann auf Grund eines Verhörs mit, daß die Polizei zur Verfolgung des angeblich entwichenen Däflings in der Handelsvertretung erschienen sei, und daß das preussische Ministerium des Innern das Gebäude der Handelsvertretung nicht als extraterritorial ansehe. Dr. Stresemann antwortete dem preussischen Ministerium des Innern, daß unabhängig von der Entscheidung dieser Frage, das Auswärtige Amt den Standpunkt vertritt, daß keinerlei polizeiliche Maßnahmen gegen die Handelsvertretung ohne vorherige Verhandlung mit dem Botschafter zulässig seien. Darauf wurde die sofortige Säuberung der Handelsvertretung vom Innenministerium angeordnet. Trotz dieses Versprechens wurde die Aktion fortgesetzt. Die Note schildert weiter, wie die Durchsuchung durch geführte und Schußwaffen und Schreie erbrochen wurden. Der Botschafter behalte sich das Recht seiner Regierung vor, diejenigen Konsequenzen zu ziehen, die sie für notwendig erachte. Er erhebe entschiedensten Protest gegen die Hausdurchsuchung und die Verletzung der diplomatischen Unantastbarkeit. (W. T. V.)

Die Antwort Stresemanns.

Berlin, 5. Mai. Außenminister Dr. Stresemann hat die Note des bevollmächtigten Vertreters (Botschafters) der Sozialistischen Sowjetrepublik, Herrn Krejzinsky, wie folgt beantwortet:

Herr Botschafter!

Ich beehre mich, den Empfang Ihrer soeben hier eingegangenen Note vom 4. Mai (Nr. 1344) über die Vorfälle in der Handelsvertretung der U. d. S. S. R. vom 3. Mai erachtet zu bekräftigen. Bereits in der Verbalnote des Auswärtigen Amtes vom 3. Mai, auf die Sie in Ihrer Note nicht Bezug nehmen, ist der Botschafter der U. d. S. S. R. mitgeteilt worden, wie sich der Sachverhalt nach den damals dem Auswärtigen Amt vorliegenden Berichten der innerdeutschen Behörden darstellt. Von diesen Berichten weicht die jetzt von Ihnen mitgeteilte Schilderung der Vorfälle in weitem Umfang ab. Auch die seit Sonnabend hier eingegangenen weiteren Berichte der innerdeutschen Behörden stimmen mit Ihren Mitteilungen in wesentlichen Punkten nicht überein. Um unverzüglich eine weitere Klärung der Angelegenheit herbeizuführen, habe ich den Inhalt Ihrer Note zunächst den zuständigen inneren Behörden mitgeteilt, damit sie zu dem Inhalt, insbesondere zu dem Antrag auf Freilassung der festgenommenen Personen, Stellung nehmen. Ich darf mir erlauben, vorzubehalten, auf die Angelegenheit zurückzukommen, sobald die eingeleiteten Erhebungen, die nach Möglichkeit beschleunigt werden, abgeschlossen sind. Inwiefern ich auch diesen Inhalt, Ihnen, Herr Botschafter, die Berücksichtigung meiner ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern (W. T. V.)

Die ungewöhnlich scharfe Erwiderung Kresjinskys.

Berlin, 5. Mai. Der Botschafter der Union der Sowjetrepublik Krejzinsky hat dem Auswärtigen Amt die folgende Note überreicht:

Heute nachmittags habe ich die Verbalnote des Auswärtigen Amtes vom 3. d. M. Nr. 4a R 2840 erhalten, welche bereits in den heutigen Morgenzeitungen veröffentlicht worden ist. Der Inhalt dieser Verbalnote hat mich in so hohem Grade überrascht, daß ich mich genötigt sehe, Ihnen, Herr Reichsminister, persönlich darauf zu erwidern. Der Hauptinhalt der Note stellt eine Wiederholung der Aussagen der beiden Stuttgarter Polizeibeamten dar. Ihr Bericht ist außerordentlich ungläubhaft. Es ist sehr schwer verständlich, in welcher Weise die Polizeibeamten, die einen Verhafteten von Stuttgart nach Stargard begleiteten und genommen waren, sich in Erwartung ihres Auges einige Stunden in Berlin aufzuhalten, in Kaffeehäusern und Restaurants umhergingen, anstatt sich mit ihm auf das Polizeiamt zu begeben. Es ist nicht weniger sonderbar, wie sie auf dem Wege vom Bahnhof zum Stuttgarter Bahnhof in die Lindenstraße gelangen konnten. Schließlich bleibt es vor allem unauflöslich, wie sie vor einem großen Geschäftshaus, das durch Schilder als die Handelsvertretung der Union der Sowjetrepublik gekennzeichnet ist, dem Verhafteten glauben konnten, daß sie in diesem Hause eine Erschießung zu sich nehmen könnten. Vah! man die Glaubhaftigkeit dieses Teiles der Aussagen der Polizeibeamten außer Frage, so haben sie in ihren Handlungen so viel Fahrlässigkeit an den Tag gelegt, daß sie selbstverständlich ein Disziplinar- oder sogar ein gerichtliches Verfahren erwarten müßten. Bei diesen untergeordneten Beamten mußte in diesem Falle das natürliche Beharren entzogen, ihre Schuld zu vermindern, indem sie die Dinge so darzustellen versuchten, als ob sie nur infolge der ihnen gegenüber angewendeten Gewalt den Gefangenen hätten entweichen lassen. Jedoch klug die Darstellung der Stuttgarter Beamten, wie sie sich vor dem Gebäude der Handelsvertretung mit dem Gefangenen und Verhafteten so rätselfhaft, daß unwillkürlich sich Mutmaßungen über anderweitige mir unbekannte Beweggründe aufdrängen, die

die beiden Beamten in unsere Räume geleitet haben. Der letzte Teil des Berichtes über die Vorkommnisse in dem Gebäude selbst ist absolut jeder Wahrscheinlichkeit beraubt. Gleichgültig kann kein Zweifel über die tatsächliche Wahrheit des Berichtes, der mir gestern von dem Geschäftsführer der Handelsvertretung, Ingenieur Poknikow, erhalten wurde, bestehen. Auf der Treppe eines mehrstöckigen Hauses, das einige hundert Zimmer zählt, laufen zwei unbekannte Zivilpersonen mit Revolvern in den Händen herum. Der ihnen zufällig begegnende Gehilfe des Hausverwalters, Herr Nomin, hält sie an und fordert sie auf, mit ihm zu seinen Vorgesetzten, dem Geschäftsführer Poknikow, mitzukommen. Der Angehörige hat damit nur seine Pflicht getan, und jeder gewissenhafte Hausverwalter hätte unter den gleichen Umständen, gleichviel, ob in einem deutschen oder ausländischen Hause, genau in der gleichen Weise vorgehen müssen. Herr Poknikow stellt durch Befragen fest, daß die beiden ihm vorgeführten Personen Polizeibeamte sind und erucht sie gemäß seiner Dienstvorschrift, wonach er das Haus der Handelsvertretung als extraterritoriales Gebiet zu behandeln hat, das Haus zu verlassen, was sie auch ohne Widerstand tun.

Auf im Angesicht dieser meiner Schilderung und demgegenüber die zweifelhafte Unglaubwürdigkeit der Aussagen der Polizeibeamten vor Augen, nimmt das Auswärtige Amt in seiner Verbalnote die völlig grundlos, ungläubhafte Behauptung persönlich interessierter Beamter auf und glaubt, daß das Vorgehen der Berliner Polizei betrifft, welche in die Handelsvertretung eingedrungen ist und dort eine brutale Hausdurchsuchung durchgeführt hat, so behauptet die Verbalnote des Auswärtigen Amtes in völligem Widerspruch zu Ihren Erklärungen, Herr Reichsminister, in gänzlichster Mißachtung der zwischen der Union der S. S. R. bestehenden Verträge, daß die Handelsvertretung keine Exterritorialität genieße mit der zugehörigen Souveränen Begründung, daß sie nicht im eigenen, sondern in einem Mietshaus untergebracht ist, und als Schlussfolgerung aus dieser Behauptung rechtfertigt die Verbalnote des Auswärtigen Amtes alle widerrechtlichen Handlungen der Polizei.

Endlich auf meinen gestern mündlich erhobenen Protest gegen die unerhörte scharfe Verletzung der Rechte unserer Vertretung und die dadurch meiner Regierung zugefügte schwere Beleidigung bin ich als das Auswärtige Amt unter Bezugnahme auf meine Vorstellungen für möglich, die von Ihnen eingeleiteten gegenwärtigen Verhältnisse der Angehörigen der Handelsvertretung, ja, es erachtet es für möglich, deren rechtswidrige Verhaftung und den Versuch ihrer gerichtlichen Verfolgung zu rechtfertigen. Angesichts des oben Dargelegten sehe ich mich gezwungen, die vom Auswärtigen Amt eingeleitete Verwahrung zurückzugeben.

Ich ergreife die Gelegenheit, Herr Reichsminister, Ihnen den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung zu übermitteln. Berlin, 4. Mai 1924. (W. T. V.)

Eine weitere Note Dr. Stresemanns.

Berlin, 5. Mai. Außenminister Dr. Stresemann hat die vorliegende Note des bevollmächtigten Vertreters der Union der sozialistischen Sowjetregierung Krejzinsky wie folgt beantwortet:

Herr Botschafter!

In Bestätigung Ihrer Note 1345 vom 4. Mai und im Anschluß an meine Note 4a R 2865 vom 5. Mai muß ich zunächst feststellen, daß für das Auswärtige Amt keinerlei Veranlassung bestand, in die amtlichen Auslagen der beiden deutschen Kriminalbeamten, obwohl sie eine untergeordnete Dienststelle einnehmen, irgendwelche Zweifel zu setzen. Ohne die Möglichkeit von Irrtümern in den Aussagen derartiger Organe von vornherein auszuschließen zu wollen, hätte ich jedenfalls erwarten dürfen, daß den Ihnen vom Auswärtigen Amt mitgeteilten Auslagen nicht lediglich allgemeine Hinweise auf ihre Unwahrscheinlichkeit, sondern die Angabe konkreter tatsächlicher Umstände entgegengezeigt würde. Derartige tatsächliche Umstände, welche die Aussagen der beiden ortsunfähigen Kriminalbeamten über die Art und Weise, wie sie in das Gebäude der Handelsvertretung gelangt sind, als ungläubwürdig erscheinen lassen könnten, vermag ich Ihrer Note nicht zu entnehmen. Angesichts dieser Tatsache kann ich nicht umhin, mein Bedauern darüber zum Ausdruck zu bringen, daß Sie es für richtig halten, mir nicht verständliche Vermutungen über anderweitige Motive für das Erscheinen der beiden Beamten in den Räumen der Handelsvertretung anzudeuten.

Was die tatsächlichen Angaben der Mitarbeiter Poknikow und Nomin über die Vorgänge innerhalb der Handelsvertretung anlangt, so werde ich sie ebenso wie das mir in Ihrer früheren Note unter Nummer 1344 mitgeteilte Material den zuständigen inneren Behörden übermitteln. Es wird Aufgabe dieser Behörden sein, die Abweichungen jener Angaben von den Angaben der deutschen Beamten aufzuklären. Weitere Mitteilungen über das Ergebnis habe ich Ihnen bereits angekündigt. Ich muß jedoch schon jetzt die Vorstellung, daß die Beamten aus persönlichen Interessen von der Behauptung abzuweichen wären, um so energischer zurückweisen, als ein solches persönliches Interesse zum mindesten auch bei den auf russischer Seite beteiligten Persönlichkeiten vorliegt.

Was die von Ihnen weiterhin berührte Frage der Exterritorialität der Handelsvertretung betrifft, so möchte ich feststellen, daß eine Meinungsverschiedenheit darüber, wie die völkerrechtliche Stellung der Handelsvertretung, die weder durch das allgemeine Völkerrecht, noch durch die zwischen beiden Völkern bestehenden Verträge festgelegt wird, bisher zwischen den Vertretern beider Regierungen nicht obgemalt hat. Der Standpunkt des Auswärtigen Amtes in dieser Frage ist zuletzt noch in der Verbalnote 4a R 2921 vom 21. März 1924 niedergelegt worden. Die Botschaft hat den Ausführungen dieser Verbalnote nicht widersprochen. Die Note bemerkt weiter, daß das Auswärtige Amt bei der Vertretung seines Standpunktes auf die Frage, ob die russischen Außenhandelsorgane sich durch Räte oder anderweitig die Verfügung über die von ihnen benötigten Räumlichkeiten verschaffen kann, kein Gewicht gelegt hat. Bei dieser Feststellung muß ich den Vorwurf der Mißachtung der bestehenden Verträge und der Nichtbeachtung der Exterritorialität einiger nicht extraterritorialer Mitarbeiter der Handelsvertretung in Uebereinstimmung mit Artikel 2 des Abkommens vom 6. Mai 1921 als unbegründet zurückweisen. Allerdings ist es der Wunsch des Auswärtigen Amtes — und in diesem Sinne lauteten meine mündlichen Erklärungen Ihnen gegenüber am 3. Mai — in der Praxis die Tätigkeit der Handelsvertretung durch Maßnahmen der vollziehenden Behörden zu erleichtern. Dieser Wunsch lag auch meinen Erklärungen zugrunde und hat mich veranlaßt, für die alsbaldige Einstellung der am 3. Mai auf Antrag der Entweichenden des verhafteten Kommunisten Boyenhardt eingeleiteten Maßnahmen Sorge zu tragen. Ich verbleibe... Dr. Stresemann.

Wachsende Spannung zwischen Arbeiterpartei und Liberalen.

London, 5. Mai. Der Sekretär der Unabhängigen Arbeiterpartei Brockway sagte in einer Rede in Newcastle, daß sich die Arbeiterpartei das Recht nicht streitig machen lasse, die liberalen Kandidaten zu bekämpfen. Die Liberalen seien trotz ihrer augenblicklichen Uebereinstimmung mit der Arbeiterpartei genau so große Feinde der Arbeiter wie die Konservativen. (W. T. V.)

Mache erfolgt, wie die Partei im Wahlkreis Mandate erobert, sind die nahezu ein Mandat herausgehenden deutsch-sozialistischen Stimmen ebenso reiflos verloren wie die Stimmen für die übrigen Übergruppen, die Evangelische Partei, die Christlich-sozialistische Vereinigung, den Bauernbund usw. Nichts kann klarer offenbaren, wie sehr sich die Leute, die solche Sonderlisten einbringen, ebenso wie die, die ihnen ihre Stimme geben, an der Allgemeinheit verhängen. Zweifellos hat es den deutsch-sozialistischen wie den Wählern der Evangelischen Partei vollkommen ferngelegen, den Sozialisten Wahlhilfe zu leisten, in der Praxis haben sie es aber getan. Die Auseinandersetzung des deutschen Volkes mit dem Marxismus wäre ohne die verhängnisvolle Zersplitterung noch weit klarer zum Ausdruck gekommen, als es so bereits der Fall ist. Denn sie war der eigentliche Sinn der Wahlen, der sich allerdings in den letzten Wahltagen besonders infolge des unverantwortlichen Eingreifens der Reichsregierung zugunsten des Sachverständigenberichts und des damit in den Vordergrund gerückten Streits um die Fortsetzung der Erfüllungspolitik wesentlich verschoben hatte. Der Ausgang der Wahl zeigt jedoch, daß sich die Mehrheit der Wähler des großen Zieles bewußt war, um das es ging, der Frage, ob man weiterhin der Sozialdemokratie freie Hand lassen durfte, um die Methoden fortzusetzen, die Deutschland fünf Jahre hindurch um seine Aufbauarbeit betrogen, ob das Wert des Wiederaufbaus, das Wiederfinden der Nation zur Selbstbehauptung gegenüber der Erpresserpolitik seiner Feinde mit der Sozialdemokratie und einer falsch verstandenen Volksgemeinschaft überhaupt durchzuführen ist. Und in dieser entscheidenden Schicksalsfrage des deutschen Volkes hat ein großer Teil der bisherigen Anhänger der Sozialisten gegen ihre Führer, hat die Masse der bürgerlichen Wähler gegen die These gestimmt, daß man immer wieder den vergeblichen Versuch wiederholen müsse, die Sozialdemokratie zur Mitarbeit heranzuziehen. Diese Frage der Streikemännchen Taktik, sein Festhalten an dem Gedanken der „Großen Koalition“, die in der schwersten Stunde des Reiches verfallen hat, wie sie infolge ihrer inneren Gegensätze in allen großen Fragen verfallen muß, ist der Deutschen Volkspartei zum Verhängnis geworden. Darum heißt gerade das Schicksal der Deutschen Volkspartei das Schicksal der Reichstagswahl zu einer klaren und eindeutigen Abgabe an die Große Koalition.

Gerade die Frage der künftigen Koalition wird die neuen Fraktionen vor dieselbe Entscheidungfrage stellen, wie sie der deutsche Wähler eben so eindeutig beantwortet hat, wenn die Frage der Regierungsbildung angeht. Zweifellos spielen sich in den Parteibüros längst die Heiligtümer, um Fraktionszahl an Fraktionszahl zu reihen, um zu entdecken, daß die Parteien der Großen Koalition nach dem vorläufigen Ergebnis nur 20 Abgeordnete zählen, also drei Abgeordnete weniger als die Hälfte der Gesamtzahl. Wären sich auch die Ergebnisse in einzelnen noch verdrücken, an dem Zahlenverhältnis der Fraktionen untereinander werden sie wohl wenig ändern. Es geht jetzt im Reichstag um das Ganze, und wenn die Reichstagswahl ein entscheidendes Ergebnis gehabt hat, so ist es das, daß wir jetzt zwei große entgegengesetzte Kraftzentren im Reichstag haben, die beide vorläufig über die gleiche Anzahl Mandate verfügen, die Sozialdemokraten und die Deutschnationalen mit je 9 Abgeordneten. Ferner, um die sich die Parteien gruppieren müssen, wenn eine arbeitsfähige Regierung zustande kommen soll. Die Große Koalition unter Führung eines Crispian, der „sein Vaterland liebt“, und Gohn, dem das deutsche Volk seinen Weltkrieg mehr wert ist, ist für irgend eine praktische Arbeit schon dadurch erledigt, daß sie kaum noch eine Mehrheit auf die Beine zu bringen vermag, die angesichts der scharfen Opposition der übrigen Parteien irgendeine Regierungsbildung ermöglicht. Zudem hat die Radikalisierung innerhalb der Partei nach Ausschaltung der überwiegenden Mehrzahl der gemäßigten Abgeordneten derartige Formen angenommen, daß es bürgerlichen Parteien, wie der Volkspartei und dem Zentrum, nahezu zur Unmöglichkeit werden muß, mit ihr ein Regierungsprogramm zu finden. Es bleibt also nur, da die bevorstehenden überaus wichtigen Entscheidungen von keiner Minderheitsregierung getroffen werden können, der Ausweg der arbeitsfähigen bürgerlichen Koalition, deren Grenzen heute allerdings noch fließen, da sowohl die Haltung der Vorkämpfer an der Rechten, wie der Demokraten auf der Linken noch keineswegs feststehen. Aber auch hier, die unbedingt notwendige harmonische Zusammenarbeit zwischen Deutschnationalen und Deutscher Volkspartei, steht noch keineswegs fest. Denn einmal darf nicht verkannt werden, daß der Wahlkampf der beiden Parteien sehr hart unter den scharfen gegenseitigen Angriffen geführt wurde. Die Rechte hat oft recht unerwünschte Formen angenommen, und man wird sich fragen müssen, ob es die Fraktionen über sich gewinnen werden, jetzt im Parlament, wo sie aufeinander angewiesen sind, über den persönlichen Negezer des Wahlkampfes hinweg sich zu sachlicher Zusammenarbeit die Hände zu reichen. Zum andern aber steht es heute noch nicht fest, ob Stresemann mit fähigem Kopf den eindeutigen Zweck der Wahlen als etwas Gegebenes hinnehmen und zu Konzessionen an den Gegner bereit sein wird, den er eben noch so scharf bekämpft hat. Niemand wird die großen Schwierigkeiten verkennen, die dem großen Bürgerblock entgegenstehen, zumal der in den letzten Wochen entbrannte Kampf um das Sachverständigengutachten die Gegensätze noch erheblich verhärtet hat. Ammerhin scheint es aber, als habe der Reichstagsleiter Marx in seinem Interview mit dem Korrespondenten der römischen „Tribuna“ eine Brücke zu den Deutschnationalen schlagen wollen, wenn er die Formel prägte: Wenn man Deutschland einen Weg zeige, auf dem es durch Arbeit, und sei sie noch so schwer, den Weg der Freiheit finden könne, so werde das deutsche Volk diesen Weg einschlagen, möge der letzte Reichstag zusammensteigen, wie er wolle.“ Der Ton wird in dieser Formel auf die Voraussetzungen zu legen sein, die der Kanzler aufstellt; denn wenn diese Voraussetzungen erfüllt werden, wenn tatsächlich uns ein Ausweg zur Freiheit garantiert wird, so sind nach ihren Erklärungen auch die Deutschnationalen zu jedem Opfer bereit. Die Möglichkeit, zu einer für das deutsche Volk erwünschlichen bürgerlichen Koalition, sei es mit Hilfe der Vorkämpfer, sei es mit der der Demokraten, zu kommen, liegt jedenfalls vor. Sie zu erreichen und damit dem Sinne der Wahlen gerecht zu werden, ist die erste große Aufgabe der neuen und alten Volkspartei im Reichstag.

Der Beleidigungsprozeß eines Generals.

Zu der unter obiger Überschrift gebrachten Note über einen Beleidigungsprozeß des ehemaligen Gouverneurs von Thurn Generals Freyer gegen Oberst Lübeck in Halle, der ihn als „roten“ Gouverneur und Vorkämpfer bezeichnet hatte, geht uns von dem in Dresden-Hofemüly wohnenden Generalleutnant Freyer mit der Bitte um Veröffentlichung folgendes Schreiben zu:

Nach Mitteilung des Herrn Rechtsanwalts H. Dertel, welcher mich bei dem Beleidigungsprozeß vor dem Schöffengericht in Halle a. S. vertreten hat, entspricht die Angabe über den Ausgang des Prozesses in Nr. 142 der „Dresdn. Nachr.“ vom 2. Mai nicht den gerichtlichen Feststellungen an. Sobald das Urteil mit Begründung eingegangen ist, werde ich eine Richtsstellung überbringen.“

Wahlhysterie in Lübeck.

(Durch Funkdruck.)

Lübeck, 5. Mai. Wie erst jetzt bekannt wird, erfolgte am Sonnabend morgen ein Zusammenstoß zwischen Parteianhängern der Kommunisten, Sozialdemokraten und Deutschen Volksfront. Es kam zu einer Schlägerei, in deren Verlauf von den Volksfronten geschossen wurde. Hierbei verletzte Schusspolizei nahm sämtliche Beteiligte in Haft. Die beiden Volksfronten, in deren Besitz Waffen gefunden wurden, wurden ins Gefängnis gebracht, aber nach der Feststellung, daß sie bewaffnet waren, wieder freigelassen. Ein Strafverfahren gegen sie wird eingeleitet. (W. T. V.)